

Intensivkurs zum Telekommunikationsrecht

04. – 05. Juli 2011

Freie Universität Berlin, Sommersemester 2011

Teil 2:

Die (mögliche) Umsetzung des europäischen Rechtsrahmens durch die TKG-Novelle 2011

[TKG-RegE v. 04.05.2011]

Dr. Michael Robert

Bundesnetzagentur, Referat 216 (Universaldienst,

Öffentliche Angelegenheiten, Verbraucherfragen, Schlichtungsstelle),

Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin

Tel.: 030 – 22480 – 529

E-Mail: michael.robert@bnetza.de

Regulierungsziele

- **Erweiterung:**

- Ausweitung explizit zu berücksichtigender Endnutzergruppen:
 - Nicht nur Behinderte, sondern auch "ältere Menschen und Personen mit besonderen sozialen Bedürfnissen" (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 TKG-E; Art. 8 Abs. 2 a), Abs. 4 e) RRL)
- Abruf und Verbreitung von Informationen sowie Nutzung beliebiger Anwendungen und Dienste (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 TKG-E; Art. 8 Abs. 4 g) RRL; vgl. Erklärung der KOM zur „Netzneutralität“ im Anschluss an die RRL)
- Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen auch bei der "Bereitstellung von Inhalten" (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 2 TKG-E; Art. 8 Abs. 2 b) RRL)

- **Verschiebung:**

- Förderung effizienter Infrastrukturinvestitionen und Innovationen wird vom Regulierungsziel zum Regulierungsgrundsatz (vgl. unten zu § 2 Abs. 3 Nr. 4 TKG-E; Art. 8 Abs. 2 c) bzw. Art. 8 Abs. 3 d) RRL).

Regulierungsziele

- **Konkretisierung:**

- Regulierungsziel „Universaldienst“

- „die Sicherstellung einer flächendeckenden **gleichartigen** Grundversorgung **in städtischen und ländlichen Räumen** mit Telekommunikationsdiensten (Universaldienstleistungen) zu erschwinglichen Preisen,“ (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 TKG-E)

- Regulierungsziel „hochbitratiger Breitbandausbau“:

- „die Beschleunigung des Ausbaus von hochleistungsfähigen öffentlichen Telekommunikationsnetzen der nächsten Generation,“ (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 5 TKG-E)

- Gesetzesbegründung:

- Bis 2015, spätestens 2018 flächendeckend 50 Mbit/s.

Regulierungsgrundsätze (1/4)

- Allgemeiner Regulierungsgrundsatz: Förderung der Vorhersehbarkeit der Regulierung (§ 2 Abs. 3 Nr. 1 TKG-E; Art 8 Abs. 5 RRL)
- Langfristige Regulierungskonzepte der BNetzA zur Marktregulierung (§ 15a TKG-E):
 - Selbstbindung der BNetzA i.W.v. Verwaltungsvorschriften,
 - Bestand über mehrere Regulierungszyklen.
- Verlängerung der Marktregulierungszyklen auf 3 Jahre (plus 3 Jahre Verlängerung) (§ 14 Abs. 2 TKG-E).

Regulierungsgrundsätze (2/4)

- Allgemeiner Regulierungsgrundsatz: Investitions- und Innovationsförderung, Berücksichtigung von Investitionsrisiken, Zulassung von Kooperationen (§ 2 Abs. 3 Nr. 4 TKG-E).
- Langfristige Regulierungskonzepte der BNetzA zur Berücksichtigung von Investitionsrisiken und Risikoteilungsmodellen (§ 15a Abs. 2 TKG-E).

Regulierungsgrundsätze (3/4)

- Entgeltregulierung
 - Ex ante:
 - Ermöglichung angemessener Verzinsung des Kapitals,
 - Berücksichtigung der spezifischen Risiken der Errichtung von NGN,
 - abgeschlossenen Risikoteilungsmodellen ist weitestmöglich Rechnung zu tragen.
 - (§ 30 Abs. 3 TKG-E, Art. 13 ZRL)
 - Ex post:
 - Entgeltdifferenzierung im Rahmen von Risikobeteiligungsmodellen beim Bau von NGN-Netzen i. d. R. nicht missbräuchlich.

(§ 28 Abs. 1 Nr. 3 TKG-E)

Regulierungsgrundsätze (4/4)

- Allgemeiner Regulierungsgrundsatz: Ex-ante-Regulierung auf das zur Herstellung wirksamen und nachhaltigen Wettbewerbs erforderliche Maß beschränken und ggfs. aufheben (§ 2 Abs. 3 Nr. 6).
- Allgemeiner Regulierungsgrundsatz: Berücksichtigung regionaler Besonderheiten (§ 2 Abs. 3 Nr. 5)
 - Marktdefinition,
 - Regulierungsmaßnahmen.
- Zugangsregulierung: Vorrang freiwilliger Angebote bleibt (§ 21 Abs. 1 Nr. 7).

Inhouse-Verkabelung / Infrastrukturatlas (§ 77a)

- BNetzA kann zur *gemeinsamen Nutzung* der sog. „Inhouse-Verkabelung“ oder der Verkabelung bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilungspunkt verpflichten (§ 77a Abs. 1 und 2 TKG-E).
 - Symmetrische Verpflichtung, d. h. nicht nur gegenüber dem marktmächtigen, sondern gegenüber allen TK-Netzbetreibern.
 - Festlegung einer angemessenen Kostenumlage möglich.
- Anwendungsbereich des Infrastrukturatlases wird erweitert (§ 77a Abs. 3 TKG-E)
 - BNetzA kann zur Information über vorhandene Infrastruktur verpflichten.
 - Verpflichtet werden können nicht nur TK-Unternehmen, sondern bspw. auch Energie- oder Wasserversorger, die nutzbare Infrastruktur haben.
 - „Verfügbarkeit“ der Infrastruktur soll dargestellt werden, damit muss Datenaktualisierung voraussichtlich häufiger vorgenommen werden (zurzeit jährlich).

Funktionelle Trennung (§ 40 TKG-E)

- BNetzA erhält als *ultima ratio* die Möglichkeit, gegenüber vertikal integrierten Unternehmen eine funktionelle Trennung anzuordnen, d.h. die Bereitstellung von Zugangsprodukten im Vorleistungsbereich müsste in einen unabhängig arbeitenden Geschäftsbereich ausgelagert werden (§ 40 TKG-E).

Verbraucherschutz

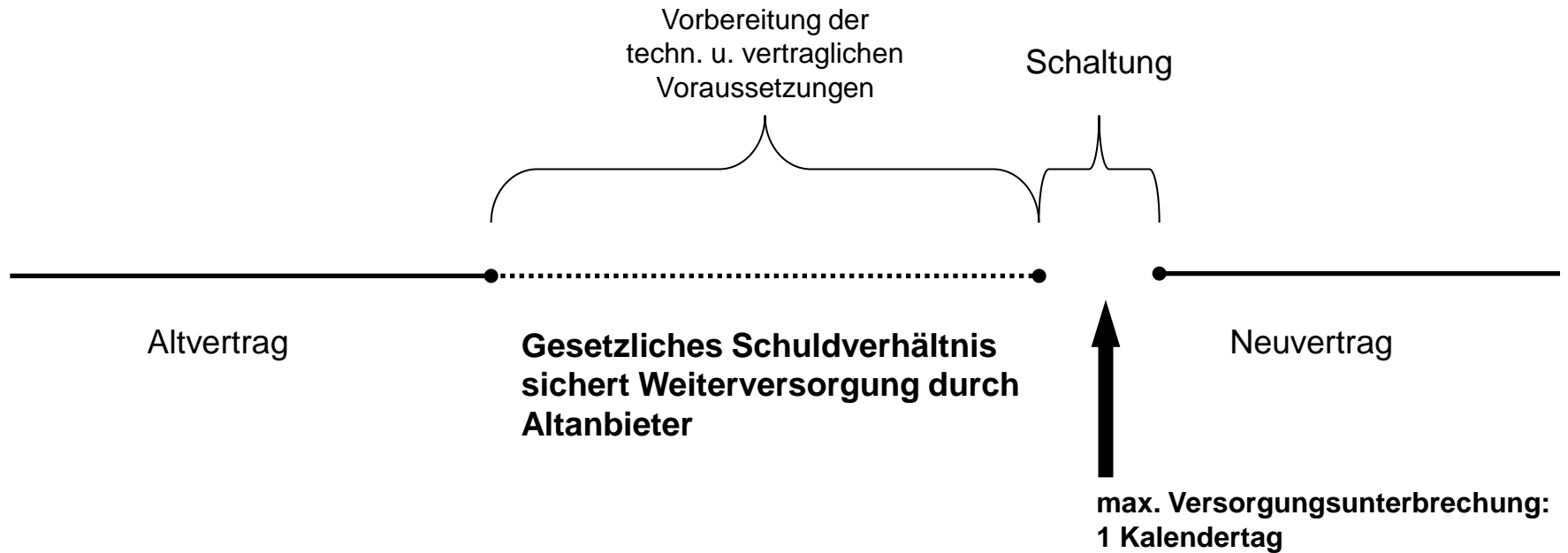
Anbieterwechsel

(§ 46 Abs. 1 und 2 TKG-E)

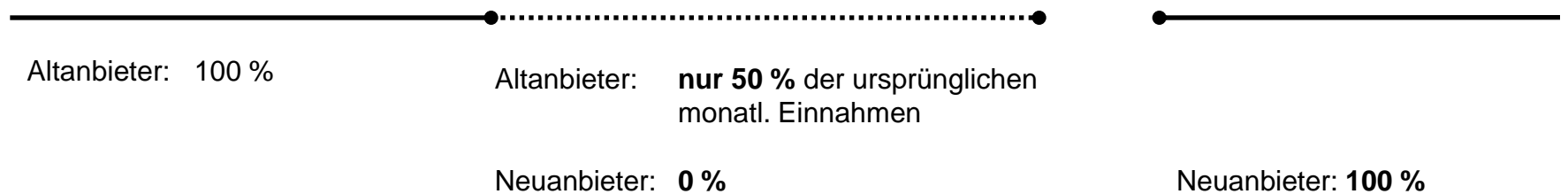
- Gesetzlicher Endkundenanspruch:
 - Unterbrechungsfreie Versorgung, bis alle vertraglichen und technischen Voraussetzungen für den Anbieterwechsel geklärt sind.
 - Erfolgt die Schaltung, darf der Dienst beim Endkunden nicht länger als einen Kalendertag unterbrochen sein.
 - Schlägt der Wechsel fehl, Weiterversorgung durch den „alten“ Anbieter bis zum nächsten Umschaltversuch.
- Sanktionen:
 - Für das abgebende Unternehmen:
 - Bei Weiterversorgung ab Ende des regulären Vertrages bis zum erfolgreichen Wechsel nur ein Anspruch auf 50 % der monatlichen Entgelte...
 - ... außer der Endkunde hat das Scheitern des Wechsel zu vertreten.
 - Für das annehmende Unternehmen: Entgeltanspruch erst nach erfolgreichem Abschluss des Wechselprozesses.

Anbieterwechsel

(§ 46 Abs. 1 und 2 TKG-E)



Sanktionen: Entgeltanspruch gegenüber Endkunden



Anbieterwechsel

(§ 46 Abs. 9 TKG-E)

- BNetzA kann die Einzelheiten des Verfahrens für den Anbieterwechsel beim Endkunden festlegen.
 - Symmetrische Festlegungskompetenz, d. h. Festlegung wirkt gegenüber allen TK-Netzbetreibern und TK-Diensteanbietern unabhängig von beträchtlicher Marktmacht.
 - Inhaltlich können alle Problemfelder des Anbieterwechsel adressiert werden (bspw. Rufnummernportierung, Bereitstellung von DSL-Ports, etc.).
 - Systematischer Ansatz ist vergleichbar mit dem Energiebereich.

Flexibilisierung Rufnummernportierung im Mobilfunk

(§ 46 Abs. 4 TKG-E)

- Technisch Aktivierung in jedem Fall innerhalb eines Kalendertages
- Im Mobilfunk unabhängig von der Vertragslaufzeit jederzeitige Übertragung der Rufnummer.
- Bisheriger Vertrag bleibt davon unberührt.
- Auf Verlangen hat der abgebende Anbieter dem Endkunden eine neue Nummer zuzuweisen.

Wechsel des TK-Anschlusses beim Umzug

(§ 46 Abs. 8 TKG-E)

- Leistung am neuen Wohnort angeboten:
 - Weiterversorgung *ohne* Neubeginn der Vertragslaufzeit und unter Beibehaltung der sonstigen Vertragsinhalte.
 - Anbieter kann angemessenes Entgelt für Umzug verlangen, jedoch nicht höher als das Entgelt für einen Neuanschluss.
- Leistung am neuen Wohnort *nicht* angeboten:
 - Sonderkündigungsrecht des Endkunden mit dreimonatiger Kündigungsfrist.
- TK-Anbieter muss Netzbetreiber über Auszug informieren, damit der Anschluss für den Nachmieter nicht „blockiert“ wird.

Vertragslaufzeiten

(§ 43b TKG-E; Art. 30 Abs. 5 URL)

- Anfängliche Mindestlaufzeit darf 24 Monate nicht überschreiten.
- Anbieter von TK-Diensten sind verpflichtet „einen“ Vertrag mit einer 12-monatigen Vertragslaufzeit anzubieten.
 - Keine Verpflichtung jede „Tarifvariante“ mit 12monatiger Laufzeit anzubieten, sondern nur für jedes angebotene „Produkt“ (bspw. Telefon-, Breitband- oder Mobilfunkanschluss).
 - Preisgestaltung bei Verträgen mit 12monatiger Laufzeit steht den Anbietern frei.

Standardvertragsinhalte

(§ 43a TKG-E)

- Erweiterung der Berechtigten, d. h. nicht nur „Verbraucher“, sondern auch KMU können sich wahlweise bei TK-Verträgen auf Standardvertragsinhalte berufen.
- Umfang der Informationspflichten wird erweitert. U. a. bei der
 - „Art und den wichtigsten technischen Leistungsdaten der TK-Dienste“:
 - Zugang zu Notdiensten
 - Mindestniveau der Dienstqualität
 - Verfahren zur Messung und Kontrolle des Datenverkehrs
 - alle Nutzungsbeschränkungen für zur Verfügung gestellte Geräte.
- Zur praktischen Umsetzung erhält BNetzA ergänzende Festlegungskompetenz
 - Festlegung vertraglicher *Mindestangaben* zu den wichtigsten technischen Leistungsdaten (Stichwort: „bis-zu-XX Mbit/s“)
 - BNetzA kann Anbieter verpflichten, Mindestniveau der Dienstqualität zu messen, BNetzA kann selber messen oder kann Dritte mit Messung beauftragen.

Transparenz-Verordnung

(§ 45n TKG-E)

- **(Mögliche) Inhalte für Informationsverpflichtungen gegenüber den TK-Netzbetreibern und TK-Diensteanbietern:**

- Preise, Tarife (u. a. auch Call-by-Call-Preisansagepflicht)
- Dienstemerkmale
- Kosten für Geräte
- Voraussetzungen für den Anbieterwechsel
- Informationen zur Schlichtung
- Informationen zu Sperren
- ...

- **Europarechtlich bedingte Änderung der Zuständigkeit:**

- Bislang wurden Maßnahmen zur Transparenz im TK-Markt von den *Mitgliedsstaaten* auf *Gesetzesebene* festgelegt.

(Art. 21 URL 2002, § 45n TKG-2007)

- Nach der Neuformulierung in Art. 21 URL sollen nun die *nationalen Regulierungsbehörden* die Verpflichtungen gegenüber den TK-Unternehmen zu Transparenzvorgaben aussprechen.

Transparenz-Verordnung (§ 45n TKG-E)

- **Umsetzung der europarechtlichen Kompetenzverlagerung:**
 - Keine Verpflichtung durch BNetzA-Verwaltungsakte, sondern durch eine Rechts*verordnung*, um mehr Rechts- und Planungssicherheit zu erhalten.
 - BMWi erhält Ermächtigung zum Erlass einer TransparenzVO
 - Gleichzeitig erhält das BMWi die Möglichkeit, diese Ermächtigung an die BNetzA zu subdelegieren.
 - Eine mögliche zukünftige TransparenzVO der BNetzA bedarf des Einvernehmens mit dem BMWi, BMI, BMJ, BMELV und dem Bundestag.

Verordnung zur Dienstqualität und zu Merkmalen zur Kostenkontrolle

(§ 45o TKG-E)

- **(Mögliche) Inhalte einer Verordnung zur Dienstqualität und zu Merkmalen zur Kostenkontrolle:**
 - „Netzneutralität“:
 - Gegenüber TK-Netzbetreibern Mindestanforderungen an die Dienstqualität
 - Ziel: Verschlechterung von Diensten und Verlangsamung des Datenverkehrs verhindern.
 - Merkmale zur Kostenkontrolle:
 - Sperre für Premium-SMS
 - Informationsverpflichtung bzgl. preisgünstigerer Tarife
 - Warnhinweise bei anormalem Verbraucherverhalten
- **Zuständigkeit:**
 - Ermächtigung des BMWi und Subdelegationsmöglichkeit an BNetzA.
 - Bei BNetzA-VO Einvernehmen mit BMWi, BMI, BMJ, BMELV, BKM und Bundestag notwendig.

Schlichtung

(§ 47a TKG-E)

- **Erweiterung des Kreises der betroffenen Unternehmen**
 - Nicht nur TK-Diensteanbieter, sondern auch TK-Netzbetreiber.
- **Erweiterung der möglichen Inhalte der Schlichtung:**
 - Alle Streitigkeiten über die „*Bedingungen oder Ausführung von Verträgen*“...
 - ... im Zusammenhang mit den telekommunikationsrechtlichen Kundenschutzvorschriften
- Im Ergebnis wird sich die Schlichtungsstelle damit nunmehr auch zivilrechtlichen Fragestellungen annehmen müssen.
- Damit dürfte eine deutliche Steigerung der Fallzahlen einhergehen.

Warteschleifen, § 66g, § 3 Nr. 30c

- Einsatz von Warteschleifen wird beschränkt u. a. bei den teuren Service- und Premiumdiensten (Rufnummern 0180, 0900).
- Warteschleife: die Zeitspanne zwischen Herstellung der Verbindung und der tatsächlichen Bearbeitung des Anliegens des Anrufenden (§ 3 Nr. 30c)
 - mit umfasst: Wartezeiten bei der Weitervermittlung,
 - nicht umfasst: reine Bandansagen, verzögerte Verbindung.
- Inhalt der Beschränkung: Einsatz der Warteschleife nur erlaubt, wenn der Anruf einem Festpreis unterliegt oder der Angerufene die Verbindungskosten während der Warteschleife trägt (§ 66g).

Universaldienst

Universaldienst - Systematik -

- **Bisher:** Anspruch auf „Anschluss an das öffentliche Telefonnetz an einem festen Standort und auf Zugang zu öffentlichen Telefondiensten an einem festen Standort“ (Art. 4 Abs. 1 URL-2002; § 78 Abs. 2 Nr. 1 TKG)
- **Neu:** Systematische Trennung von Zugang und Dienst
 - Anspruch auf Anschluss an ein öffentliches Kommunikationsnetz
(§ 78 Abs. 2 Nr. 1, Art. 4 URL)
 - Anspruch auf Erbringung eines öffentlich zugänglichen Telefondienstes
(§ 78 Abs. 2 Nr. 2, Art. 4 URL)
- Hintergrund: In IP-basierten Netzen stellt Sprache nur noch einen von mehreren Diensten dar. Ferner geht bisheriges Universaldienstregime noch vom traditionell vertikal integrierten TK-Anbieter aus.

Alter europäischer Rechtsrahmen 2002 (1/3)

- Der bereitgestellte **Anschluss muss** es den Endnutzern **ermöglichen**, [...] Datenkommunikation mit Übertragungsraten, die für einen **funktionalen Internetzugang** ausreichen, durchzuführen; zu berücksichtigen sind dabei die von der Mehrzahl der Teilnehmer vorherrschend verwendeten Technologien und die technische Durchführbarkeit. (Art. 4 Abs. 2 URL-2002)
- Anschlüsse an das öffentliche Telefonnetz an einem festen Standort sollten Sprach- und Datenkommunikation mit Übertragungsraten ermöglichen, die für den **Zugang zu Online-Diensten**, wie sie z. B. über das öffentliche **Internet** angeboten werden, geeignet sind. [...] es (ist) nicht angezeigt, eine bestimmte Übertragungsraten auf Gemeinschaftsebene festzulegen. Derzeit verfügbare Modems für das Sprachband weisen **in der Regel Übertragungsraten von 56 kbit/s** auf [...]. (Erwägungsgrund 8 URL-2002)

Alter europäischer Rechtsrahmen 2002 (2/3)

- **Aktueller deutscher Rechtsrahmen seit TKG 2004**

- Universaldienstleistungen sind ein Mindestangebot an Diensten [...], für die eine bestimmte Qualität festgelegt ist und zu denen alle Endnutzer unabhängig von ihrem Wohn- oder Geschäftsort zu einem erschwinglichen Preis Zugang haben müssen und deren Erbringung für die Öffentlichkeit als Grundversorgung unabdingbar geworden ist. Als Universaldienstleistungen wird u. a. der **Anschluss an ein öffentliches Telefonnetz** an einem festen Standort [...] bestimmt. (§ 78 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1)
- "öffentliches Telefonnetz" ein Telekommunikationsnetz, das [...] einen funktionalen Internetzugang ermöglicht. (§ 3 Nr. 16)

Alter europäischer Rechtsrahmen 2002 (3/3)

- **BNetzA-Position** im Tätigkeitsbericht 2008/09 (vgl. BT-Drs. 17/285, S. 49 ff.):
 - Erweiterung des Universaldienstes zurzeit nicht zu empfehlen
 - Mehrheit der Nutzer nutzt zwar Breitband.
 - Soziale Ausgrenzung durch Nichtverfügbarkeit konnte jedoch noch nicht festgestellt werden.
 - Ergebnisse der Breitbandstrategie sollten noch abgewartet werden.
- **Nationale Diskussion** zur Erweiterung des Universaldienstes vor Änderung der URL:
 - Sperrwirkung Erwägungsgrund 8 URL-2002: „Schmalbandanschluss“
 - Sperrwirkung Art. 32 URL: Breitband-Universaldienst in Dtl. müsste über Steuermittel finanziert werden.

Neuer europäischer Rechtsrahmen 2009 (1/3)

- Der bereitgestellte Anschluss muss [...] Datenkommunikation mit Übertragungsraten ermöglichen, die für einen **funktionalen Internetzugang** ausreichen; zu berücksichtigen sind dabei die von der Mehrzahl der Teilnehmer vorherrschend verwendeten Technologien und die technische Durchführbarkeit.
(Art. 4 Abs. 2 URL-2009)
- [...] Es sollte weder Einschränkungen hinsichtlich der technischen Mittel geben, mit denen dies vorgenommen wird, damit **sowohl leitungsgebundene als auch drahtlose Technologien zulässig** sind, noch sollte es Einschränkungen dabei geben, welche Unternehmen alle Universaldienstverpflichtungen oder einen Teil davon erbringen.
(Erwägungsgrund 4 URL-2009)

Neuer europäischer Rechtsrahmen 2009 (2/3)

- [...] Es muss ein gewisser Spielraum geboten werden, damit die Mitgliedstaaten gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen können, um zu gewährleisten, dass die Anschlüsse zufrieden stellende **Übertragungsraten** unterstützen können, die für einen **funktionalen Internetzugang** nach der **Definition der Mitgliedstaaten** ausreichen, wobei die besonderen Bedingungen in den nationalen Märkten, wie **die von der überwiegenden Mehrheit der Nutzer im jeweiligen Mitgliedstaat verwendete Bandbreite** und die technische Durchführbarkeit, unter der Voraussetzung ausreichend berücksichtigt werden, dass sie darauf ausgerichtet sind, Marktverzerrungen zu mindern [...].

(Erwägungsgrund 5 URL-2009)

Neuer europäischer Rechtsrahmen 2009 (3/3)

- „Guidance“ der Europäischen Kommission v. 10.01. zu Art. 4 URL und Erwägungsgrund 5:
 - Wichtig sind Technologieneutralität und Minimierung von Wettbewerbsverzerrungen, d. h. konkret
 - Die Summe der **Haushalte mit Breitbandanschlüssen** sollte im Verhältnis zur Gesamtsumme aller Haushalte eines MS mindestens **50 %** ausmachen.
 - Für die Bestimmung der **verwendeten Bandbreite** genügt nach Ansicht der KOM keine einfache Mehrheit. Zur Minimierung von Wettbewerbsverzerrungen sollte die festgelegte Bandbreite beispielsweise von **mind. 80 % der Nutzer** verwendet werden.

Quelle: COCOM10-31 FINAL v. 10.01. (veröffentlicht 07.02.)

http://circa.europa.eu/Public/irc/info/cocom1/library?!=/public_documents_2011

- Entwurf der KOM für eine Universaldienst-Empfehlung zurzeit in der Diskussion

Universaldienstverpflichtung nach §§ 78 ff. TKG

Feststellung der Unterversorgung:
Abgrenzung des sachlich und räumlich relevanten Marktes,
§ 81 Abs. 1 S. 1 TKG

Freiwillige Erbringung ohne
finanziellen Ausgleich,
§ 81 Abs. 1 S. 2 TKG

Anhörung möglicherweise zwingend
zu verpflichtender Unternehmen,
§ 81 Abs. 2 TKG

Glaubhafte Darstellung der Unternehmen,
dass Ausgleich notwendig ist
§ 81 Abs. 3 S. 1 TKG

Ausschreibung durch BNetzA,
§ 81 Abs. 3 S. 1 TKG

Vergabe an geeigneten
und günstigsten Anbieter,
§ 81 Abs. 3 S. 1 TKG

bei erfolgloser Ausschreibung

Zwingende Verpflichtung
eines Anbieters,
§ 81 Abs. 5 TKG

Finanzierung

nach §§ 78 ff. TKG

BNetzA bestimmt Höhe des Ausgleichs,
§ 82 Abs. 1 oder Abs. 2 TKG

Verpflichtung zur Universaldienstleistungsabgabe, § 83 TKG:

Betroffene: Alle Unternehmen, die auf sachlich relevanten Markt mind. 4 % Umsatz haben oder auf diesem Markt über beträchtliche Marktmacht verfügen, § 80 TKG

Verteilungsschlüssel: Umsatz des jeweiligen Unternehmens auf dem relevanten Markt, § 83 Abs. 1 S. 2 TKG

BNetzA gewährt Ausgleich an:

Gewinner der Ausschreibung,
§ 82 Abs. 1 TKG

Zwingend verpflichtete Unternehmen,
§ 82 Abs. 2 TKG

Öffentliche Sicherheit / Datenschutz

Öffentliche Sicherheit / Datenschutz (§ 109 / § 109a TKG-E)

- Ergänzung der Regelungen für „technische Schutzmaßnahmen“ in TK-Netzen (§ 109 TKG-E).
- Neu: Regelungen zur Datensicherheit beim Verlust personenbezogener Daten (§ 109a TKG-E)
 - Unverzügliche Informationspflicht gegenüber der BNetzA und dem BfDI.
 - Unverzügliche Informationspflicht gegenüber dem Betroffenen, wenn die Daten nicht verschlüsselt waren.

Europäischer Rechtsrahmen 2009

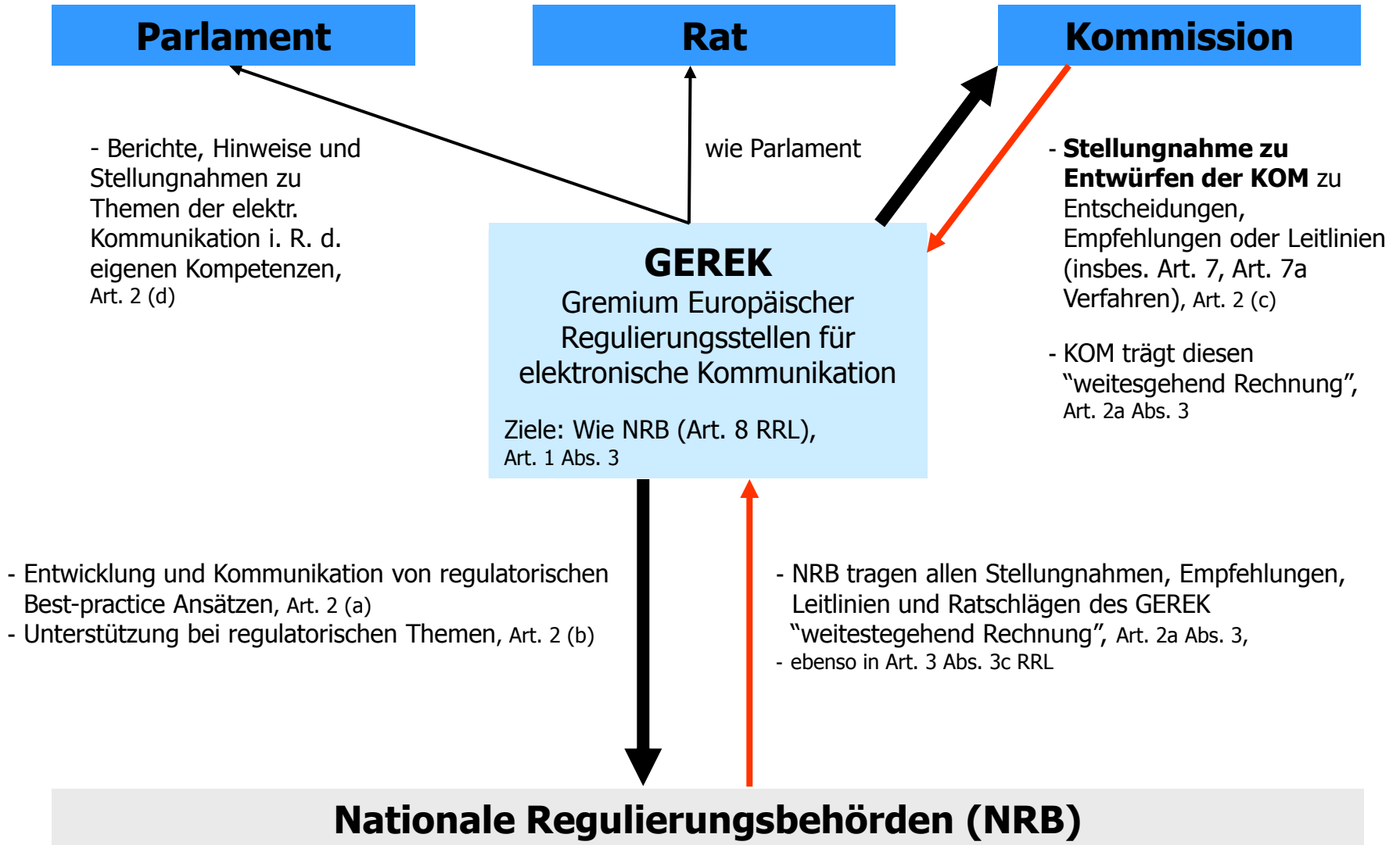
- weitere Neuerungen -

GEREK-VO:

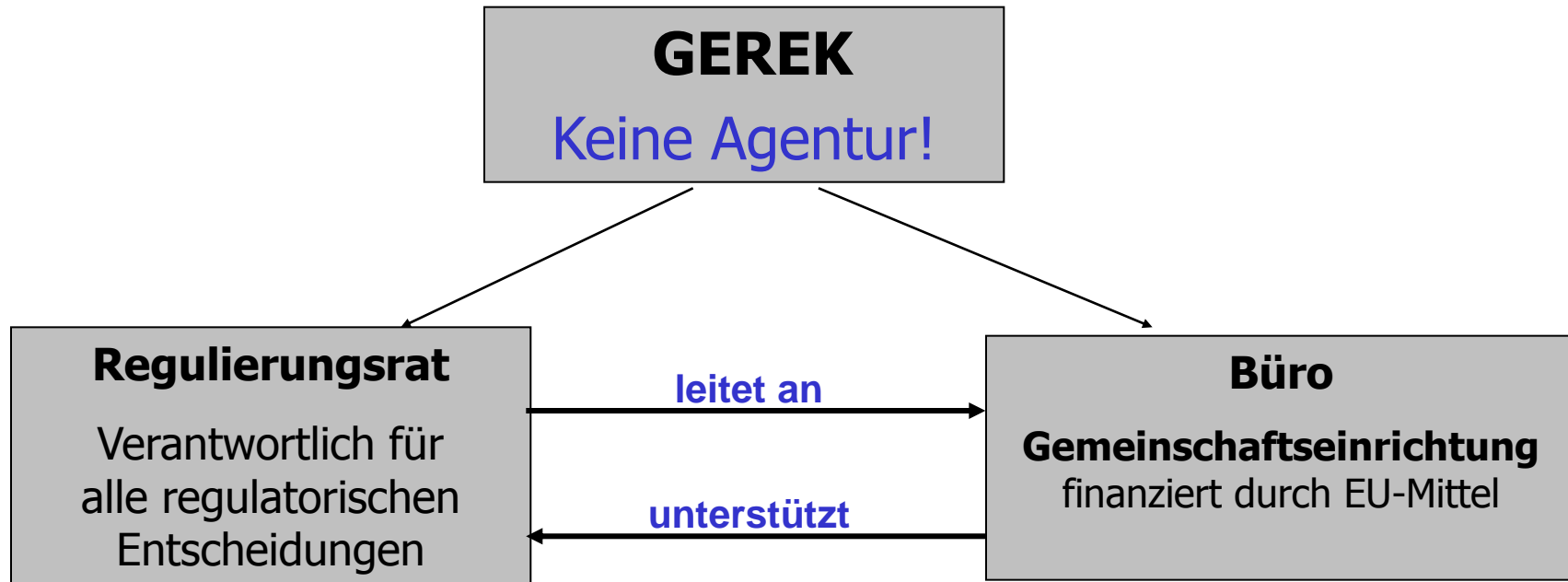
Gremium Europäischer Regulierungsstellen
für elektronische Kommunikation (GEREK)

GEREK

- Rolle im Rahmen der Institutionen -



GEREK – Zwei-Strang-Modell



- Büro wird durch den Verwaltungsausschuss kontrolliert.
- Büro ist dem Verwaltungsausschuss rechenschaftspflichtig.
- Verwaltungsausschuss anstelle des „Verwaltungsrats“ in regulären europäischen Agenturen; identisch zum Regulierungsrat (+ 1 KOM). D. h. NRBs kontrollieren vollständig das Büro.

GEREK

- Aufgaben (1/3) -

Mit Bezug zum Aufgabenbereich der NRB:

- **Stellungnahmen** zu Entwürfen der NRB zu **Marktdefinition** und **Marktanalyse** und zur Auferlegung entsprechender **Verpflichtungen** („remedies“, Art. 7/7a RRL), Art. 2a Abs. 1 a)
- Auf Ersuchen der NRB Unterstützung bei der Marktanalyse, Art. 2a Abs. 1 da)
- Konsultation und Stellungnahme bei grenzüberschreitenden Streitfällen nach Art. 21 RRL, Art. 2a Abs. 1 ea)
- Auf Ersuchen Unterstützung bei Belangen des Rufnummernmissbrauchs insbes. bei grenzüberschreitenden Diensten, Art. 2a Abs. 1 fd)
- Stellungnahmen, um gemeinsame Regeln für Anbieter von grenzüberschreitenden Geschäftskunden zu erreichen, Art. 2a Abs. 1 fe)
- Beobachtung und Bericht über die Entwicklung des Sektors, inkl. Jahresbericht, Art. 2a Abs. 1 ff)

GEREK

- Aufgaben (2/3) -

Mit Bezug zum Tätigkeitsbereich der KOM:

- Stellungnahmen zu Entwürfen bzgl. Empfehlungen / Leitlinien der KOM zu Form, Inhalt und Detaillierungsgrad von Notifizierungsverfahren, (Art. 2a Abs. 1 b)
- Konsultation beim Entwurf neuer Märkte-Empfehlungen, Art. 2a Abs. 1 c), vgl. auch Art. 15 Abs. 1 RRL
- Stellungnahme beim Entscheidungsentwurf bzgl. länderübergreifender Märkte, Art. 15 Abs. 4 RRL, Art. 3 Abs. 1 d)
- Stellungnahme bei Empfehlungen/Entscheidungen im Rahmen des Harmonisierungsverfahrens, Art. 19 RRL, Art. 2a Abs. 1 e); eigenes Initiativrecht des GEREK für Beratung der KOM, Art. 19 Abs. 3 RRL
- Stellungnahme zu Entscheidungsentwürfen, die eine NRB zu außerordentliche Maßnahmen ermächtigen oder diese Maßnahmen verbieten (Auferlegung von Verpflichtungen außerhalb des Katalogs in Art. 9 – 13 ZRL, Art. 8 Abs. 3 ZRL), Art. 2a Abs. 1 f)
- Konsultation bei technischen Durchführungsmaßnahmen zum Zugang zum Notruf "112" bzw. zu 116er Nummern, (Art. 26 Abs. 7 URL, Art. 27a Abs. 5 URL, Art. 2a Abs. 1 fa) und fb)

GEREK

- Aufgaben (3/3) -

Mit Bezug zum Tätigkeitsbereich der KOM:

- Unterstützung bei der Überarbeitung der Mindestangaben des Standardangebotes (Annex II ZRL), (Art. 2a Abs. 1 fc)

Öffnungsklausel für Aufgabenkatalog:

- Ersuchen der KOM
- Einstimmige Entscheidung des GEREK
- Aufgabe innerhalb der TK-RLen

(Art. 2a Abs. 2)

Verhältnis Regulierungsrat - Büro

Regulierungsrat

Art. 3a

- Erfüllt **alle Aufgaben des GEREK** gem. Art. 2a (u. a. Stellungnahmen zu Marktanalysen, Remedies; Harmonisierungsverfahren nach Art. 19 RRL; etc.)
- Annahme des jährlichen Arbeitsprogramms
- Annahme des Jahresberichts



Büro

Art. 3b

„Unter Anleitung“ des Regulierungsrates:

- Unterstützung des GEREK in administrativer und professioneller Hinsicht
- Sammlung von Information von NRBs
- Verbreitung bewährter Regulierungspraktiken
- Unterstützung des Vorsitzes des Regulierungsrates
- Auf Ersuchen des Regulierungsrates Einsetzen von Experten-Arbeitsgruppen und deren Unterstützung.

Regulierungsrat

Vorsitzender

Art. 3 Abs. 4

Stellv. Vorsitzender

Art. 3 Abs. 4

Vertreter der NRB: BE, BG, DK, DE, EE, FI, FR, GR, IE, IT, LV, LT, LU, MT, NL, AT, PL, PT, RO, SE, SK, SI, ES, CZ, HU, GB, CY

- Leiter der Regulierungsbehörde oder hochrangiger Vertreter, Art. 3 Abs. 2
- mind. 4 Vollversammlungen pro Jahr, Art. 3 Abs. 6
- Entscheidungen mit 2/3 Mehrheit, Art. 3 Abs. 9
- pro Regulierungsbehörde eine Stimme, Art. 3 Abs. 9
- Veröffentlichung der Entscheidungen, Art. 3 Abs. 9
- Kompetenz für eigene Verfahrensordnung, Art. 3 Abs. 10

Beobachterstatus:

- Verwaltungsdirektor, Art. 3e Abs. 2
- Europäische Kommission, Art. 3 Abs. 2
- EWR-Staaten und Beitrittskandidaten, Art. 3 Abs. 3

Experten Arbeitsgruppen

Art. 3 Abs. 7

Büro

Verwaltungsausschuss

Art. 3b Abs. 3 a), Art. 3c

Vorsitzender

Art. 3c Abs. 1 S. 3 i. V. m. Art. 3 Abs. 4

Stellv. Vorsitzender

Art. 3c Abs. 1 S. 3 i. V. m. Art. 3 Abs. 4

Vertreter der NRB: BE, BG, DK, DE, EE, FI, FR, GR, IE, IT, LV, LT, LU, MT, NL, AT, PL, PT, RO, SE, SK, SI, ES, CZ, HU, GB, CY

- Leiter der NRB oder hochrangiger Vertreter, Art. 3c Abs. 1
- Ein Vertreter der KOM, Art. 3c Abs. 1
- Pro Mitglied eine Stimme, Art. 3c Abs. 1 S. 2
- Entscheidungen mit 2/3 Mehrheit, Art. 3c Abs. 1 S. 3 i. V. m. Art. 3 Abs. 9
- mind. 4 Vollversammlungen pro Jahr, Art. 3c Abs. 1 S. 3 i. V. m. Art. 3 Abs. 6

Beobachterstatus:

- EWR-Staaten und Beitrittskandidaten, Art. 3c Abs. 1 S. 3 i. V. m. Art. 3 Abs. 3

Ernennung, Art. 3d Abs. 2

Rechenschaftspflicht,
Art. 3d Abs. 1

Ernennung, Art. 3c Abs. 4

Verwaltungsdirektor

Art. 3b Abs. 3 b), Art. 3d

- Regelamtszeit 3 Jahre (max. 6 Jahre), Art. 3d Abs. 3 und 4
- Leiter des Büros, Art. 3e Abs. 1
- Unterstützt Regulierungsrat, Verwaltungsausschuss und Sachverständigen-Arbeitsgruppen
- Kein Stimmrecht, Art. 3e Abs. 2

Weisungsrecht,
Art. 3e Abs. 1, Art. 3f Abs. 1,
Staff Regulation

Personal

Art. 3f

- „streng begrenzte Anzahl“, die für Aufgabenerfüllung notwendig ist, Art. 3b Abs. 5
- Vorschlagsrecht bzgl. Anzahl durch Verwaltungsausschuss und -direktor, Art. 3b Abs. 5
- Personalerhöhung nur durch einstimmigen Beschluss des Verwaltungsausschusses, Art. 3b Abs. 5

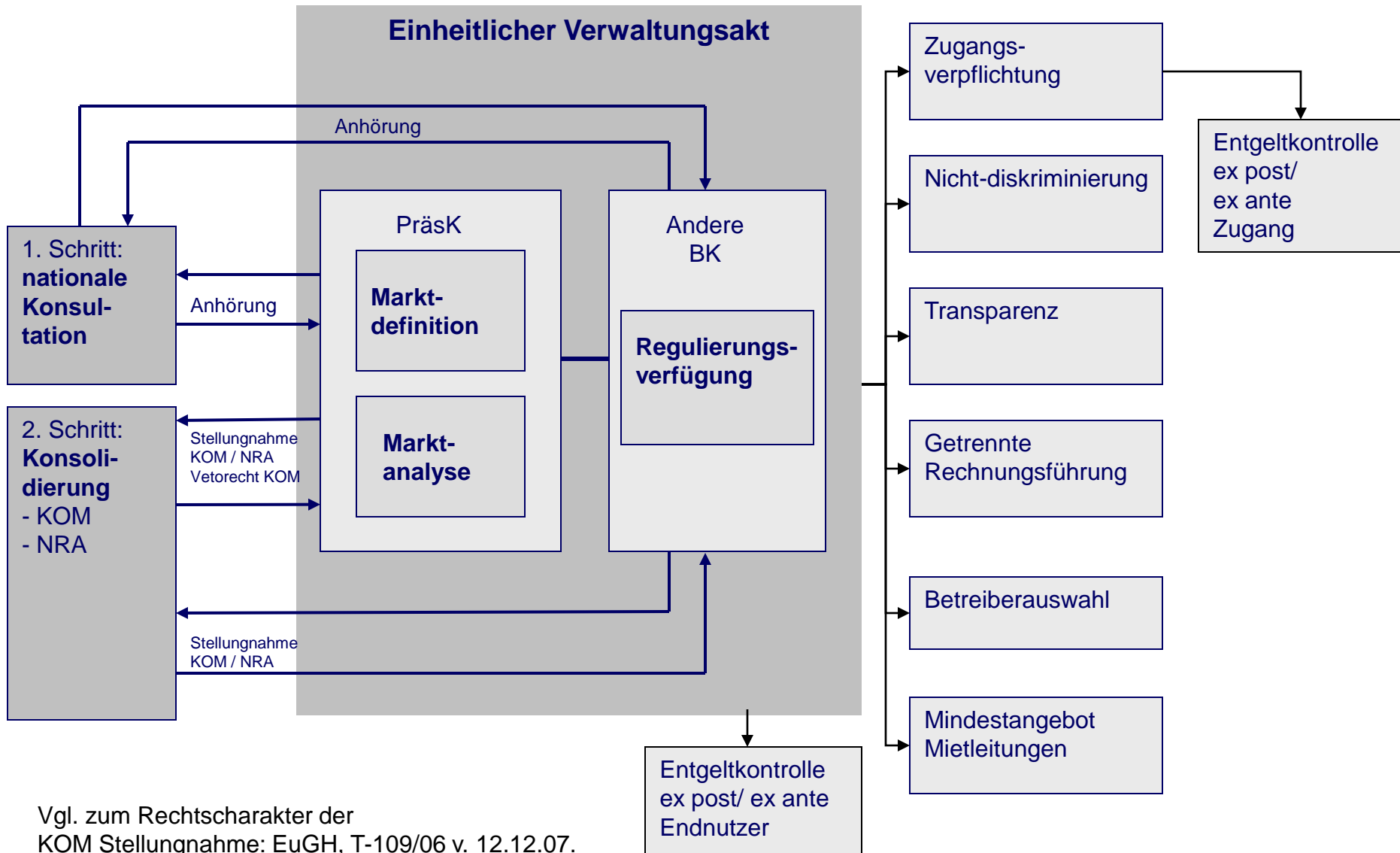
Optional: Beschäftigung „nationaler Experten“
Art. 3f Abs. 4

Finanzierung des Büros

- Ausgaben: Personal, Verwaltung, Infrastruktur, Betriebskosten (Art. 3g Abs. 2)
- Finanzquellen:
 - EU-Mittel, Art. 3g Abs. 1 a)
 - Freiwillige Beteiligung der MS oder der NRB, Art. 3g Abs. 1 b), vgl. hierzu im Detail Art. 3a Abs. 2 b)
 - MS stellen sicher, dass sich NRB aktiv an GEREK-Arbeit beteiligen können, Art. 3 Abs. 3a **RRL** a. E.
- Aufstellung des Haushaltsplan (vgl. im Detail Art. 3h):
 - Aufstellung eines Vorentwurfs bzgl. Kosten und Personal durch den Verwaltungsausschuss. Unterstützung durch Verwaltungsdirektor.
 - Übermittlung an KOM
 - KOM setzt anhand des Voranschlags erforderlich erachtetes Personal in den Vorentwurf des EU-Gesamthaushaltsplans ein und schlägt Betrag für Zuschuss vor.
 - Übermittlung zusammen mit EU-Gesamthaushaltsplan an EP und Rat.
 - Festsetzung des Stellenplans durch EP und Rat.
 - Aufstellung des Haushalts durch Verwaltungsausschuss.
- Kontrolle:
 - Verwaltungsdirektor ist Anweisungsbefugter, Art. 3i Abs. 1
 - Verwaltungsdirektor führt den Haushalt unter Aufsicht des Verwaltungsausschusses, Art. 3i Abs. 1
 - Weitere Details: Art. 3i Abs. 2 ff.

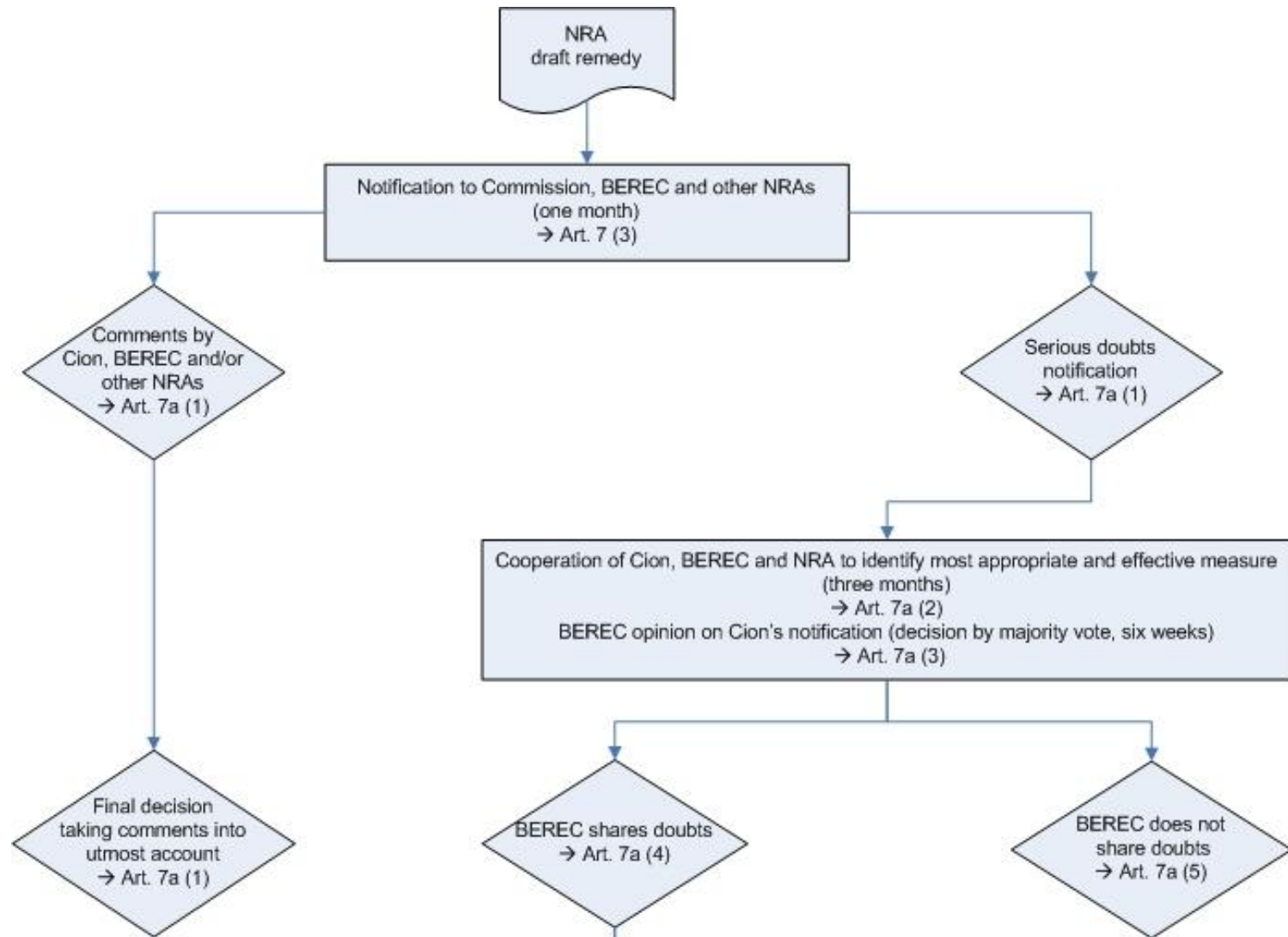
Änderungen im Verfahrensrecht

Marktregulierung nach TKG 2004

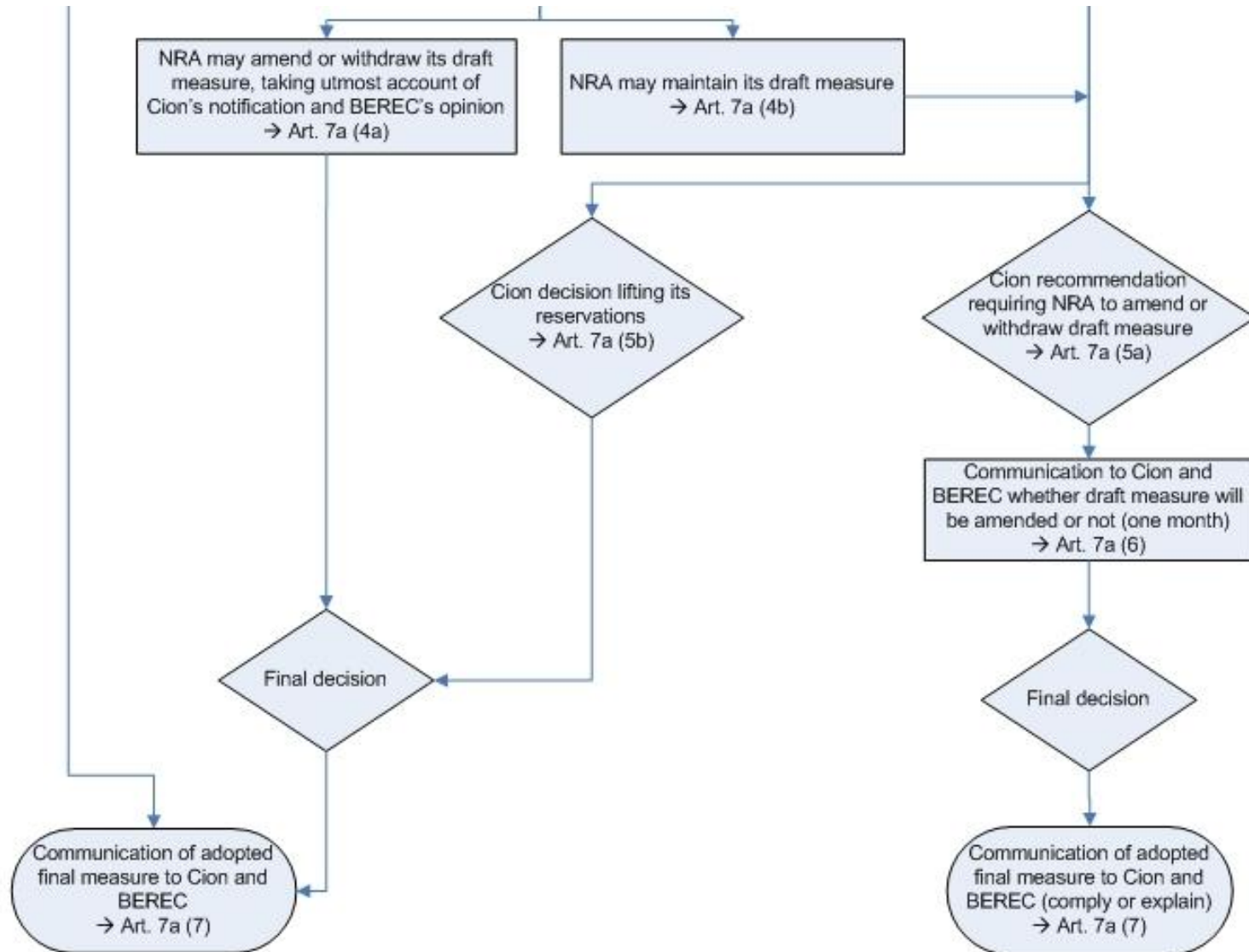


Vgl. zum Rechtscharakter der KOM Stellungnahme: EuGH, T-109/06 v. 12.12.07.

Art. 7/7a Verfahren (1/2)



Art. 7/7a Verfahren (2/2)



Harmonisierungsverfahren (1/2)

- **Erweiterung der Kompetenzen der KOM:**
 - Bisher: Nur „Empfehlungen“ zur harmonisierten Anwendung der RLen
 - Neu:
 - „Entscheidungen“ zur harmonisierten Anwendung der RLen (Art. 19 Abs. 1).
 - Bindungswirkung
- Grundsätzliche Voraussetzung (Art. 19 Abs. 1):
 - Unterschiedliche Umsetzung der Regulierungsaufgaben durch NRB.
 - Kann zur Behinderung des Binnenmarktes führen.
 - Weitestgehende Berücksichtigung der GEREK-Stellungnahme.

Harmonisierungsverfahren (2/2)

- Einschränkung der Entscheidungs*inhalte* (Art. 19 Abs. 2a):
 - Entscheidungen nur bei „inkohärenter Umsetzung des allgemeinen Regulierungskonzeptes nach Art. 15 und 16 RRL“ durch NRB.
 - Kein Bezug zu spezifischen Mitteilungen der NRB nach Art. 7a.
 - **Vorherige Empfehlung** der KOM **zu gleichem Thema** ist mind. zwei Jahre alt.
- Zusätzliche Konkretisierung (Erw.gr. 43e):
 - Beschränkung auf ordnungspolitische Grundsätze, Ansätze und Methoden.
 - Keine Details.
 - Kein Verbot alternativer Ansätze, wenn diese gleichwertig sind.
 - Verhältnismäßigkeit.
 - Keine Auswirkungen auf Maßnahmen der NRB, die das Funktionieren des Binnenmarktes nicht behindern.

BACKUP